



## Brief aus Straßburg

**Dr. Renate Sommer**

Europaabgeordnete für das Ruhrgebiet

**Nr. 55; April 2007**

### **Liebe Leserin, lieber Leser,**

auch in dieser April-Plenarwoche behandelte das Europäische Parlament (EP) eine Vielzahl wichtiger Themen. Zu den herausragenden Tagesordnungspunkten gehörten die "Schaffung eines einheitlichen europäischen Zahlungsraums", die Verordnung über Arzneimittel für neuartige Therapien, die Haushaltsentlastung für das Jahr 2005, die umstrittenen strafrechtlichen Maßnahmen zur Durchsetzung der Rechte des geistigen Eigentums sowie die Fortschritte Kroatiens auf dem Weg zum Beitritt. Im Rahmen einer feierlichen Sitzung sprach außerdem der Präsident der Republik Indien, Abdul Kalam, vor dem versammelten Plenum.

### **Zahlungsverkehr soll einfacher, schneller und günstiger werden**

Das Europäische Parlament verlangt eine schnelle Reform des bargeldlosen Zahlungsverkehrs in der EU: Die Schaffung eines "Einheitlichen Europäischen Zahlungsraums" soll vor allem Bankgeschäfte wie Überweisungen, Lastschriftverfahren oder Kartenzahlungen europaweit vereinheitlichen und die Transfers schneller, barrierefrei und kostengünstiger machen. Zwar hat die einheitliche Euro-Währung in der Eurozone Bargeldzahlungen über nationale Grenzen hinweg vereinfacht; bargeldloser Zahlungsverkehr wird

aber immer noch durch die nationalen Systeme bestimmt und ist sowohl für Privatleute als auch für Firmen oft langsam und teuer. Auch Zahlungen per Karte, wie z.B. mit der deutschen EC-Karte, sind im europäischen Ausland oft schwierig, weil nicht alle Karten in allen Ländern verwendbar sind.

### **Neuartige Therapien**

In Erster Lesung befassten wir uns mit der Verordnung über "Arzneimittel für neuartige Therapien", welche vor allem wegen ethischer Bedenken zur Stammzellentherapie in den Blickpunkt öffentlichen Interesses geraten war. Unter neuartigen Therapien versteht man hochinnovative, moderne Arzneimittel auf der Grundlage von Genen (Gentherapie), Zellen (Zelltherapie) und Gewebe (Gewebezüchtung). Diese neuartigen Therapien sollen revolutionäre Behandlungen von Krankheiten wie z.B. Krebs und Parkinson, und von Verletzungen, wie Verbrennungen oder schwere Knorpelschäden ermöglichen. Gegenwärtig wird die Entwicklung durch den Mangel an harmonisierten EU-Rechtsvorschriften behindert. In der Abstimmung des EP wurden aber leider wichtige Forderungen unserer CDU/CSU-Gruppe nach gemeinsamen ethischen Standards für die gesamte EU und nach Erleichterungen für den Mittelstand abgelehnt. Nun gelten also weiterhin in den einzelnen Mitgliedstaaten

unterschiedliche Regelungen, insbesondere zum Embryonenschutz.

## **Reform der Kohäsionspolitik**

In einer EntschlieÙung verlangte das EP für den Fall, dass die EU weitere Mitglieder aufnehmen sollte, tief greifende Reformen in der Kohäsionspolitik. Insbesondere ein Beitritt der Türkei würde eine grundlegende Umverteilung der Fördermittel mit sich bringen: Die Türkei wäre nämlich mit einem Schlag sowohl das größte als auch das ärmste Mitgliedsland. Mit dem Beitritt der Türkei würden sich die Fläche der heutigen EU um 18,3 % und die Einwohnerzahl um 14,7 % erhöhen. Gleichzeitig verringerte sich aber das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf um ganze 10,5 %. Die Kohäsionspolitik der EU würde völlig neue Dimensionen erreichen, da diese Politik noch nie auf ein Land mit ähnlicher Größe, einem so niedrigen wirtschaftlichen Entwicklungsniveau und so großen regionalen Unterschieden angewendet worden ist. Nach den heutigen Fördergrundsätzen würden pro Jahr 27,3 % aller EU-Strukturfondsgelder (das wären rund 16 Milliarden Euro) allein in die Türkei fließen.

## **Gegen Nachahmung und Produktpiraterie**

Das EP unterstützte den Vorschlag der Europäischen Kommission für eine "Richtlinie über strafrechtliche Maßnahmen zur Durchsetzung der Rechte des geistigen Eigentums". Hiermit soll die Produktpiraterie, also die billige Nachahmung von Markenprodukten, in der EU wirksamer bekämpft werden. In der Richtlinie geht es insbesondere um die Höhe der Strafen. Außerdem können die strafrechtlichen Maßnahmen nach dieser Richtlinie gegebenenfalls auch EU-weit durchgesetzt werden. Zukünftig soll "jede vorsätzliche, in gewerbsmäßigem Umfang begangene Verletzung eines Rechts an geistigem

Eigentum" sowie die Beihilfe oder Anstiftung dazu in allen Mitgliedstaaten als Straftat gelten.

## **Haushaltsentlastung 2005**

Das Parlament gab die Empfehlung, die Entlastungen für die Haushalte der Europäischen Institutionen für das Jahr 2005 zu erteilen. Gleichzeitig wiesen wir aber auch darauf hin, dass 80 % der Gemeinschaftsausgaben von den Mitgliedstaaten selbst verwaltet werden. Eine Verbesserung der Haushaltsführung in der EU kann nur durch eine strengere Überwachung unterstützt und in Schwung gebracht werden!

## **Kroatien auf gutem Weg**

Ausdrücklich begrüÙten wir in einer EntschlieÙung die erheblichen Fortschritte, die Kroatien bereits auf dem Weg zum EU-Beitritt gemacht hat. Die Beitrittsverhandlungen sollen nun zügig fortgesetzt und, sofern noch bestehende Probleme gelöst sind, zu einem baldigen Abschluss gebracht werden. Kroatien erfüllt weiterhin die politischen und die wirtschaftlichen Beitrittskriterien: Das Land kann als eine funktionierende Marktwirtschaft betrachtet werden, die in der Lage sein sollte, dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften innerhalb der EU standzuhalten.

Bis zum nächsten StraÙburgbrief im Mai grüÙe ich Sie herzlich!

Ihre



Dr. Renate Sommer, MdEP

Büro Herne:

Tel. 02323/918511, Fax 02323/918512

Büro Brüssel:

Tel. 0032-228-47383, Fax: 0032-228-49383

E-Mail: [rsommer@europarl.eu.int](mailto:rsommer@europarl.eu.int)

[www.renate-sommer.de](http://www.renate-sommer.de)